

Große Renten-Reform in Deutschland – Diese Änderungen sind geplant

Artikel von Tobias Utz

Das deutsche Rentensystem wird von Steuern und Beiträgen finanziert. In Zukunft soll sich das laut Arbeitsminister Heil jedoch ändern – die Rente wird reformiert.

Berlin – In Sachen Rente will die SPD eine Wahlkampffidee der FDP überraschend umsetzen:

Die Liberalen hatten vor der Bundestagswahl 2021 offensiv für die gesetzliche Aktienrente in Deutschland geworben. Dabei handelt es sich um Anlagen auf dem Kapitalmarkt, welche die Rentenversicherung stützen und entlasten sollen. Ein solches Modell wird bereits seit geraumer Zeit in Schweden umgesetzt. Das schwedische Modell enthält zum einen eine staatliche Grundrente, welche durch eine Betriebsrente und eine private Altersvorsorge ergänzt wird. Die schwedische Bevölkerung muss 2,5 Prozent ihres Bruttoeinkommens in Vorsorgefonds abführen. Sie können dabei zwischen dem staatlichen AP7-Fonds und anderen Fondslösungen wählen. Die Fondsprodukte investieren zu hohen Anteilen in die globalen Aktienmärkte.

Rente-Reform in Deutschland: Heil will „Generationenvertrag“ erneuern

Ein ähnliches Modell forciert nun das Bundesarbeitsministerium in Deutschland: „Um langfristig Vorsorge zu treffen, schaffen wir ein Generationenkapital in Form einer Aktienrücklage für die gesetzliche Rentenversicherung“, sagte Arbeitsminister Hubertus Heil der Deutschen Presse-Agentur. „Das ist langfristig gut angelegtes Geld, um den Beitrag in den Dreißigerjahren zu stützen“, betonte der SPD-Politiker. Heil kündigte an, in den kommenden Wochen konkrete Pläne für die Renten-Reform vorlegen zu wollen. Ziel sei es das sogenannte Rentenniveau zu sichern. Es liegt derzeit bei 48,1 Prozent und beschreibt die Sicherungskraft der Renten im Verhältnis zu den Löhnen in Deutschland.

Zentrales Ziel der Renten-Reform sei es „den Generationenvertrag durch ein stabiles Rentenniveau und den Aufbau einer Aktienrücklage“ zu erneuern.

Große Renten-Reform in Deutschland geplant: So soll das Rentensystem gestärkt werden

Bislang wird das Rentensystem in Deutschland vor allem durch Steuermittel und Beiträge im Umlageverfahren finanziert. SPD, Grüne und FDP hatten im Koalitionsvertrag festgehalten, einen Kapitalstock von zunächst zehn Milliarden Euro für die Stärkung des Rentensystems angekündigt.

Anschließend forderte Finanzminister Christian Lindner eine Erhöhung des Betrags – und sprach von einer „dreistelligen Milliardensumme“, welche „einen spürbaren Effekt auf die Stabilisierung der Rentenbeiträge und des Rentenniveaus“ haben könne, so der FDP-Bundesvorsitzende. Die geplante Renten-Reform ist offenbar die Reaktion des Arbeitsministers. (tu/dpa)